



bruno
manser
fonds

fairness im tropenwald

tong tana

Holzdeklaration in Gefahr

Juli 2019

www.bmf.ch

Holzdeklaration in Gefahr

Von Johanna Michel

Eine der wichtigsten Errungenschaften Bruno Mansers könnte bald Geschichte sein: Der Bundesrat will die Holzdeklarationspflicht, für die sich Manser zeitlebens eingesetzt hat, klammheimlich abschaffen.

Bruno Manser gelang es vor 30 Jahren, die Regenwaldzerstörung in Malaysia auf die politische Agenda und in das Bewusstsein der Schweizer Gesellschaft zu bringen. Seine mutigen Aktionen wie der 60-tägige Fastenstreik vor dem Bundeshaus, mit welchem sich die damals neu gewählte Bundesrätin Ruth Dreifuss solidarisierte, bleiben unvergessen. Damals forderte Manser das Importverbot von Tropenholz aus Malaysia und die allgemeine Deklarationspflicht von Holz. Beide Anliegen haben nicht an Aktualität verloren.

Die allgemeine Deklarationspflicht wurde 2010, zehn Jahre nach Mansers Verschwinden, in der Verordnung für die Deklaration von Holz und Holzprodukten verabschiedet und gilt seit 2012 für Roh- und Rundholz sowie für Massivholzprodukte wie Möbel. Sie ist für den Bruno Manser Fonds zentral, da sie es jedem von uns ermöglicht zu entscheiden, ob man ein Tropenholzprodukt aus Malaysia kaufen möchte oder doch lieber ein Fichtenholzprodukt aus Deutschland. Heutzutage ist die Problematik von Tropenholz allseits bekannt und jeder und jede kann auf dieser Grundlage

entscheiden. Und das tun die Konsumentinnen und Konsumenten auch: Seit der Verabschiedung der Holzdeklarationsverordnung hat sich der Import von Tropenholz von 12'000 Tonnen (2010) auf 7'000 Tonnen (2018) reduziert. Zudem wird auch öfters Holz aus der Schweiz oder unseren Nachbarstaaten nachgefragt, wo Holz nachhaltig produziert wird.

Die Holzdeklarationspflicht ist sowohl für Konsumentinnen und Konsumenten als auch für NGO's elementar, um möglichst umfassend über die Holzprodukte in unseren Regalen informiert zu sein und Supermärkte auf problematisches Holz aufmerksam machen zu können. Die Holzdeklarationspflicht alleine reicht jedoch nicht aus. Zuverlässige Labels für nachhaltig produziertes Holz tun Not. Zudem muss illegal geschlagenes Holz vom Schweizer Markt ferngehalten werden. Die EU hat aus diesem Grund 2013 die europäische Holzhandelsverordnung EUTR eingeführt, die illegales Holz vom Markt ausschliessen soll. Dabei ist der Holzimporteur verpflichtet, die Holzherkunft zu prüfen (siehe EUTR-Box). Je nach Importland fällt diese Prüfung jedoch ungenügend aus. Ein Land wie Rumänien zum Beispiel, das selber ein Problem mit illegaler Abholzung hat, wendet sicherlich weniger Ressourcen für die Prüfung der Holzherkunft auf als beispielsweise Deutschland und kann dadurch zu einem Eintrittstor für illegales Holz in den europäischen Markt mutieren. Die mangelnde Umsetzung der Regelung, aber auch der Fakt, dass legal nicht mit nachhaltig gleichzusetzen ist, macht eine Deklarationspflicht auch in Zukunft unverzichtbar! ►



Bruno Manser und Martin Vosseler fasten 1993 vor dem Bundeshaus für ein Importverbot von Tropenholz.

Aber wieso will der Bundesrat die Deklarationspflicht überhaupt abschaffen? Begründet wird dies mit dem angeblich hohen administrativen Aufwand – mit welchem sich die Schweizer Holzbranche aber nach eigenen Angaben längst arrangiert hat. Zudem behauptet das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), dass die Deklarationspflicht zu einem Preisanstieg geführt habe, und beruft sich dabei auf zwei widersprüchliche Studien. Während eine nicht repräsentative Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur bei den untersuchten 73 Holzprodukten einen Preisaufschlag von durchschnittlich 11-13% bestätigt, konnte eine Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel keinen Preisanstieg feststellen. Unabhängig davon hat sich die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung 2018 in einer repräsentativen Umfrage des WWF mit 71% gegen eine Abschaffung der Deklarationspflicht gestellt. Auch die Umweltkommission des Nationalrats hat sich in seiner jüngsten Sitzung für eine Weiterführung der Deklarationspflicht ausgesprochen.

Angesichts des breiten Widerstands ist es absolut inakzeptabel, dass der Bundesrat die Deklarationspflicht abschaffen will! Bitte unterzeichnen Sie deshalb die beiliegende Petition zur Beibehaltung der Deklarationspflicht. ■

Die europäische Holzhandelsverordnung EUTR

Die EU Timber Regulation (EUTR) ist das zentrale Instrument der EU zur Bekämpfung des illegalen Holzschlages. Die seit 2013 geltende Verordnung zielt darauf ab, dass kein illegal geschlagenes Holz auf den europäischen Markt gelangt. Dabei gelten verschiedene Anforderungen für Marktteilnehmer und Händler.

Marktteilnehmer, die Holz und Holzzeugnisse erstmals auf den europäischen Markt bringen, sind verpflichtet nachzuweisen, dass es sich um Holz und Holzzeugnisse aus legalem Einschlag handelt. Händler, die bereits in den Verkehr gebrachtes Holz auf dem EU-Binnenmarkt verkaufen bzw. kaufen, müssen die Rückverfolgbarkeit gewährleisten, indem sie Informationen über ihre Lieferanten und Abnehmer dokumentieren. Die EU verknüpft Legalität an die Einhaltung der Gesetze im Land, wo das Holz geerntet wird. Für die Umsetzung der EUTR sowie Sanktionsbestimmungen bei Verstößen gegen die Verordnung sind die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich. In der Schweiz befindet der Nationalrat in der Sommersession über ein Verbot des Inverkehrbringens von illegal geschlagenem Holz und die Beibehaltung der Holzdeklarationspflicht.



In nächster Nähe zum Mulu Nationalpark in Sarawak wurde innert kürzester Zeit 30'000m² Tropenwald ohne Lizenz abgeholzt.

Fall Ukraine: Weshalb es eine Kombination von EUTR und Deklarationspflicht braucht

Von Jonas Schälle

Die grosse Nachfrage nach günstigem Holz ist eine der Hauptursachen, dass trotz der europäischen Holzhandelsverordnung EUTR weiterhin beträchtliche Mengen an illegalem Holz in die EU importiert werden. Dabei hat Osteuropa inzwischen tropische Länder als Herkunft von illegalen Holzzeugnissen bezüglich Volumen abgelöst. Eines dieser Hochrisikoländer ist die Ukraine, deren staatliche Forstbehörde ein systematisches Problem mit Korruption hat.

Über zwei Drittel des in der Ukraine geschlagenen Holzes werden in die EU exportiert. Davon stammen laut einem aktuellen Bericht der britischen NGO EarthSight rund vierzig Prozent aus illegalen Quellen. Dieses Holz wird über kleinere und mittelgrosse Sägewerke mit Güterwaggons und gefälschten Papieren in die EU-Nachbarländer Rumänien, Ungarn, Slowakei und Polen transportiert. Ukrainisches Holz gelangt schliesslich in Form von Laminatböden, Spanplatten und Druckpapier bei Detailhändlern in den Verkauf. Europäische Holzkonzerne wie Schweighofer, Egger und der

Schweizer Konzern SwissKrono betreiben riesige Produktionsstätten in unmittelbarer Grenznähe zur Ukraine. Aufgrund der laschen Umsetzung der EUTR durch EU-Grenzstaaten und der unzureichenden Sorgfaltsprüfung der Importeure besteht ein hohes Risiko, dass ukrainische Holzzeugnisse, die in Schweizer Baumärkten verkauft werden, aus illegalem Holzschlag stammen.

Die europäischen Holzkonzerne berufen sich beim Handel mit ukrainischem Holz grundsätzlich auf offizielle Dokumente der Regierung und FSC-Zertifikate. Bei Ländern mit systematisch hoher Korruption reichen diese Belege allerdings bei weitem nicht aus, um die legale Holzherkunft zu garantieren. Mit der Deklarationspflicht haben Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, Holzprodukte aus Hochrisikoländern zu boykottieren. Für eine wirksame Politik zur Bekämpfung von illegalem Holz braucht es daher eine konsequente Umsetzung der EUTR und eine Stärkung der Holzdeklarationspflicht. ■

Der atemberaubende Regenwald von Sarawak muss erhalten bleiben. Der Bruno Manser Fonds setzt sich mit aller Kraft dafür ein.



«Schützen durch nutzen»

Interview: Johanna Michel

Tong Tana: Inwiefern setzen Sie sich für eine nachhaltige Nutzung des Waldes ein?

Michael Gautschi: Die Holzindustrie verarbeitet seit vielen Jahren den natürlich wachsenden Rohstoff Holz und verarbeitet ihn zu Holzprodukten. Wir leben mit und von der Natur. Da wir auch in 20 oder 50 Jahren noch Holz verarbeiten möchten, sind wir an der langfristigen Walderhaltung interessiert und setzen uns jeden Tag im Dialog mit den Waldbesitzern und den Forstbehörden dafür ein. Wir leben das Motto «schützen durch nutzen».

Wie wird eine nachhaltige Nutzung des Waldes garantiert?

Die Schweiz kennt eines der strengsten Forstgesetze der Welt und setzt dieses konsequent um. Unsere Forstdienste sorgen für die Einhaltung der Gesetze. Eine Übernutzung oder schädliche Nutzung ist so ausgeschlossen. Man nutzt im Grundsatz nicht mehr, als nachwächst. Im Gegenteil, die Waldfläche und der Holzvorrat im Wald nehmen in der Schweiz weiterhin zu. Unsere Wälder sind allgemein in gutem Zustand. Lange Hitzeperioden und Trockenheit setzen ihnen stellenweise jedoch stark zu. Der Wald ist infolge des Klimawandels daran, sich zu verändern.

Inwiefern kann der Schweizer Holzbedarf durch Schweizer Holz gedeckt werden?

Der Anteil Schweizer Holz im Gebäudebereich beträgt beispielsweise nur rund 50%, in anderen Bereichen ist er noch tiefer. Wir leiden an der Konkurrenz unserer Nachbarländer, die in Euro produzieren und markant tiefere Produktionskosten haben. Die sogenannte Frankenstärke von 2015 hat tiefe Spuren hinterlassen und wirkt immer noch nach. Wir spüren aber eine steigende Nachfrage nach Schweizer Holz beim Endkonsumenten. Zunehmend wird nach der Herkunft gefragt.

Woher bezieht die Schweiz ihr Holz? Inwiefern ist dies problematisch?

Ausländisches Holz kommt vorwiegend aus unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich. Weiter aber auch aus Osteuropa, Skandinavien, Russland. Problematisch wird es dann, wenn das Holz aus Quellen kommt, wo die Umwelt- und Sozialstandards nicht so hoch sind wie in der Schweiz. Das ist bei Deutschland und Österreich nicht der Fall, aber z.B. bei Polen oder Russland hingegen schon. Da muss man genau hinsehen und nachfragen.

Gelangt illegal geschlagenes Holz in die Schweiz?

Man kennt diverse Fälle aus Osteuropa und natürlich aus den Tropen, von wo zum Teil Holz aus fragwürdigen Quellen kommt. Dies sogar, und das ist besonders stossend, bei zertifiziertem Holz. Ich muss vorsichtig sein, wenn ich einzelne Länder nenne. Russland ist sicher eines der heikelsten Länder, wo die Kontrolle nicht funktioniert und die Korruption hoch ist.

Inwiefern macht ein Importverbot von illegal geschlagenem Holz Sinn?

Es gibt genügend legal genutztes Holz. Illegal genutztes Holz verzerrt den Markt. Wir wollen kein illegales Holz in Europa! Die EUTR kann illegal gefälltes Holz identifizieren und aus dem Markt ausschliessen. Vorausgesetzt natürlich, dass die Regeln streng angewendet werden, und die Lieferanten/Importeure gut kontrolliert werden. Bei der EUTR basiert vieles auf schriftlichen Dokumenten und deren Überprüfung. Real überprüft wird nur stichprobenweise. Deshalb es gibt auch dort Schlupflöcher. Aber es dürfte deutlich schwieriger werden, illegales Holz in den Wirtschaftskreislauf zu bringen, ohne dass es jemand merkt.

Was ist ihre Meinung zu Tropenholz?

Tropenholz ist grundsätzlich okay, wenn es aus legaler Quelle stammt. Da kann man höchstens etwas gegen die langen Transportwege haben. Ich selber verzichte auf Tropenholz, weil ich hier lebe und sehe, dass wir mehr als genug eigenes Holz haben. Es gibt für fast alle Zwecke das geeignete Holz in der Schweiz. Ich achte selber beim Holzkauf auf die Herkunft und nehme prinzipiell kein Holz aus fragwürdigen Quellen.

Wieso braucht es in der Schweiz eine Deklarationspflicht?

Der Konsument hat grundsätzlich das Recht zu wissen, woher die gekaufte Ware stammt. Als mündiger Bürger entscheidet er dann selber, ob er die Ware kauft oder nicht. ■

Michael Gautschi (46) ist als Direktor der Holzindustrie Schweiz für die politische Arbeit, Verbandsführung und fachliche Unterstützung der Branche verantwortlich. Er setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen ein, damit eine industrielle und nachhaltige Produktion in der Schweiz weiterhin möglich ist. Er wohnt in Worb bei Bern.



Kurznachrichten

Malaysia verspricht erneuerbare Energien ohne Staudämme



Mitte März organisierte der Bruno Manser Fonds mit seinen lokalen Partnerorganisationen in Sarawaks Hauptstadt Kuching eine grosse Energiekonferenz, die «Clean Energy Collaboration», mit 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Vertreterinnen und Vertreter der Regierung und der Industrie trafen sich mit Exponentinnen und Exponenten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den indigenen Gemeinschaften auf Augenhöhe. Die malaysische Regierung hat dabei weitreichende Zusagen gemacht: Die

stellvertretende Umwelt- und Energieministerin und der Minister für Tiefbau wollen, dass Malaysia die Region bezüglich der Förderung von erneuerbaren Energien anführt. Sie sprechen sich zudem gegen Staudämme und die Vertreibung der Lokalbevölkerung aus.

Bruno Manser Fonds gewinnt erneut vor Gericht

Jamilah Taib, die Tochter von Sarawaks Gouverneur Taib, ist mit ihrem Gesuch um Erlass einer vorsorglichen Massnahme gegen den Bruno Manser Fonds vor Gericht gescheitert! Wegen angeblicher Persönlichkeitsverletzung wollen Jamilah, ihr Ehemann und zwei ihrer Immobilienfirmen unter anderem die Löschung von 255 BMF-Publikationen erwirken. Gegen das Urteil des Zivilgerichts Basel-Stadt haben die Klägerinnen Berufung eingereicht und sind erneut gescheitert.

Sauberes Wasser für die Penan



Durch die Abholzung sind die Flüsse um die Dörfer der Penan oft verschmutzt. Der BMF unterstützt die Penan deshalb bei der Erschliessung von sauberen Quellen für die Wasserversorgung. Eben haben wir zwei Wasserleitungen in die Dörfer Long Tarum und Long Daun in Magoh-Gebiet verlegt. In den letzten Jahren hat der BMF bereits über 15 solcher Projekte realisiert. Sauberes Wasser im Dorf verbessert die Gesundheit, da die Penan dann nicht mehr auf das verschmutzte Wasser der Flüsse

angewiesen sind, und erspart ihnen zusätzlich das mühsame Schleppen von Wasser.



Waldkarpaten: Widerstand gegen geplantes Mega-Skiresort wächst

Der Bruno Manser Fonds organisierte Mitte März eine internationale Delegationsreise in die Waldkarpaten, die von einem geplanten Mega-Skiresort bedroht sind.

Dabei fand erstmals eine öffentliche Debatte mit der Lokalbevölkerung über das intransparente Projekt statt. Dutzende Betroffene haben sich gegen die Verbauung des Svydovets-Massivs ausgesprochen und stattdessen den Aufbau von Ökotourismus in der Region gefordert. An der Veranstaltung nahmen 60 Personen der betroffenen Dörfer Yassinya und Tchorna Tisza sowie internationale Waldaktivistinnen und -aktivisten aus zwölf verschiedenen Ländern teil. Die zuständigen Behörden haben bisher weder über die genauen Pläne des Projekts informiert noch die Namen der Investoren bekannt gegeben.

Der malaysische Palmölskandal

Eine von Januar bis März 2019 durchgeführte Erkundungsmission des Bruno Manser Fonds (BMF) ins Mulu-Gebiet legt die Problematik von Palmölplantagen in Malaysia offen: In nächster Nähe zum UNESCO-Weltnaturerbe des Gunung Mulu

Nationalparks werden derzeit Regenwälder zerstört und Rechte der Lokalbevölkerung missachtet. Ein kürzlich veröffentlichter 278-seitiger Bericht des BMF gibt ein möglichst umfassendes Bild der aktuellen Situation und zeigt auf, dass die malaysische Palmölfirma Radiant Lagoon gegen eine Vielzahl eigener Richtlinien verstossen hat. Eine indigene Delegation konnte den Bericht bereits persönlich der UNESCO, EU-Kommissionsmitgliedern und Parlamentariern in Paris übergeben. Die Petition, die den sofortigen Stopp der Abholzung von Radiant Lagoon fordert, wurde von 191'000 Personen unterzeichnet und der malaysischen Botschaft in Brüssel übergeben. Mit Blockaden und rechtlichen Schritten vor Ort sowie Öffentlichkeitsarbeit versuchen die indigenen Gemeinden und der BMF gegen die weitere Regenwaldzerstörung für Palmölplantagen in Mulu vorzugehen.



Impressum

Tong Tana heisst «im Wald» in der Sprache der Penan-Urbevölkerung im Regenwald von Sarawak (Malaysia).

**Herausgeber: Bruno Manser Fonds
Verein für die Völker des Regenwaldes
Socinstrasse 37, CH-4051 Basel
Telefon +41 61 261 94 74
E-mail: info@bmf.ch
Internet: www.bmf.ch**

**Redaktion: Johanna Michel, Jonas Schälle,
Annina Aeberli**

Bilder: Thomas Marent & BMF

Gestaltung: moxi ltd., Biel

Druck: Hertig+Co. AG, Lyss

Produktion und Versand:

Agentur für Sozialmarketing, Zürich

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Für Spenden:

Postkonto 40-5899-8

IBAN CH32 0900 0000 4000 5899 8